

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Januar 2003



Rechnen mit der Natur

Rechnen mit der Natur? Das sollten nicht nur die Menschen an den Flüssen lernen, um sich vor der Gewalt des Hochwassers zu schützen. Trotz des technischen Fortschritts gehört das, was die Menschen in der Natur vorfinden, immer noch zu den Grundlagen des Reichtums: Öl, Kohle, Uranerze, Wasser, Wind, Sonne, Holz, Metalle, Pflanzen und Tiere – von den Energieträgern bis zum Essen auf dem Tisch: alles Natur, in welcher Verarbeitung auch immer.

Dem Rechnen mit der Natur widmen sich Ökonomen und Ökologen. Sie fürchten, die Natur und deren Leistungen würden von den Menschen als „kostenlos“ angesehen und im Übermaß verbraucht, weil sie die Knappheit verkennen. In der Tat: Wo der Holzeinschlag im Belieben jedes Vorüberkommenden steht, da wird der Wald bald verschwinden. Daher werden immer wieder Instrumente des richtigen Rechnens mit den knappen Gütern der Natur entwickelt: Eigentumsrechte, Schonzeiten, Fangquoten und Steuern, um die Natur als Ressourcenspenderin nicht zu überfordern, und handelbare Zertifikate dort, wo es um die Nutzung der Natur als Entsorgungsmedium geht.

Das jüngste Instrument ist das Dosenpfand. Umweltschützer feiern es als Sieg der Vernunft. Getränkehersteller und Teile des Handels sehen darin einen wirtschaftsfeindlichen Kostenfaktor ohne rechten Nutzen. In den ersten Reaktionen mag viel Übertreibung liegen. Man wird Erfahrungen sammeln müssen, um dieses Instrument nüchtern zu bewerten. Einstweilen sind alle Behauptungen über reale Ressourcenschonung durch eine lückenlosere Wiederverwendung der Materialien mit der gleichen Vorsicht aufzunehmen wie Schreckenskalkulationen zusätzlicher Vertriebskosten der Getränkewirtschaft.

Dem Augenschein am ehesten zugänglich ist möglicherweise ein nicht so häufig genannter Effekt: Es liegen nicht mehr so viele weggeworfene Dosen herum. Und wenn doch? Dann werden die Umweltschützer sagen, das Pfand sei zu gering. Rechnen mit der Natur: Das ist offenbar leichter gesagt als getan.

Hans D. Barbier

Stauschäden

Beim Kraftfahrtbundesamt in Flensburg sind 42,3 Millionen private Pkw angemeldet. Durchschnittlich 14 000 Kilometer ist jedes Auto im Jahr unterwegs. Immer häufiger wird die Fahrt durch Staus unterbrochen: Morgens im Schrittempo zur Arbeit, und abends im Schleichgang nach Hause. An manchen Tagen summieren sich allein die Autobahnstaus auf 1 000 Kilometer. Der volkswirtschaftliche Schaden ist immens: Das Bundesverkehrsministerium geht von 4,5 Milliarden Stunden aus, die auf überlasteten Straßen verloren gehen. Ohne Verkehrsstaus könnten jährlich 14 Milliarden Liter Kraftstoff eingespart werden. Insgesamt belaufen sich die Stau-Kosten auf 100 bis 125 Milliarden € im Jahr.

www.adac.de
www.bmvbw.de
www.kba.de

Mehr Schutz für Nord- und Ostsee

Der Ende November 2002 gesunkene Tanker „Prestige“ war mit rund 77 000 Tonnen Schweröl beladen, das jetzt den Atlantik und die Strände Portugals, Spaniens und Frankreichs verseucht. Auch die deutschen Küsten sind vor Schiffsunglücken nicht sicher. Aber es gibt noch ein anderes Problem: Jährlich fließen 260 000 Tonnen Öl in

die Nordsee, 60 000 Tonnen Öl ergießen sich in die Ostsee. Und das, obzwar Nord- und Ostsee zu den Sondergebieten des so genannten MARPOL-Abkommens (Meeresverschmutzung, Marine Pollution) gehören. Die Einleitung von Öl und ölhaltigen Abfällen durch Schiffe ist dadurch grundsätzlich verboten.

Der überwiegende Teil der Verschmutzung in Nord- und Ostsee ist nicht auf Tankerunglücke oder auf Unfälle bei der Ölförderung zurückzuführen, sondern auf den Schiffsbetrieb und Öleinleitungen. Seit 1. Januar 2003 ist eine vom EU-Ministerrat beschlossene Richtlinie in Kraft. Jetzt sind die Entsorgungskosten fester Bestandteil der Hafengebühren. Kein Schiff kann Kosten sparen, wenn Ölreste illegal auf See abgepumpt werden.

www.vistaverde.de/
www.wwf.de/

Grüne Dividende

Der ethisch-ökologische Natur-Aktien-Index NAI wurde 1997 gegründet, um zu zeigen, dass ökologisch wirtschaftende Unternehmen auch an der Börse bestehen können. Die im NAI vertretenen Aktien sind über Branchen und Länder gestreut. Anfang Januar wurde der Index von 20 auf 25 Titel aufgestockt, der BekleidungsHersteller Timberland ausgeschlossen und durch die Starbucks Corporation ersetzt. ▶

Der Kaffeekonzern überzeuge durch sein Fair-Trade-Engagement und seinen ökoverträglichen Kaffee-Anbau im Regenwald.

2002 verlor der NAI rund sieben Prozent. Der DAX büßte im Vergleichszeitraum zehn Prozent ein. Der NEMAX erreichte nur noch fünf Prozent seines einstigen Höchstwertes von 8 583 Punkten im März 2000. Ende 2003 wird der NEMAX abgeschafft.

www.greeneffects.de
www.sonnenseite.com

Subventionen für Kraftwerk Natur

Die erneuerbaren Energien – Windenergie, Biomasse und Photovoltaik – haben sich zu einem Markt entwickelt, der mittlerweile rund acht Milliarden € umsetzt und mehr als 120 000 neue Arbeitsplätze geschaffen hat. 14 Prozent des aktuellen Energiebedarfs in Deutschland decken diese Energieträger inzwischen ab.

Der Wermutstropfen: Nachdem jahrzehntelang Milliarden an Subventionen für Kohle und Atomstrom ausgegeben wurden, geht die Subventionitis munter weiter. Im Frühsommer 2002 hatte der damalige Bundeswirtschaftsminister Müller festgestellt, dass zum Beispiel jeder der geschätzten 36 000 Arbeitsplätze in der Windindustrie mit rund 150 000 € pro Jahr staatlich gefördert wird.

www.enercon.de
www.bee-ev.de
www.solar-fabrik.de

Zwangspfand: Ein tückisches Instrument

Rund 15 Milliarden Einwegverpackungen wurden 2002 verkauft. Seit dem 1. Januar 2003 müssen die Verbraucher dafür Pfand bezahlen.

Gegen Pfand wurden bisher Mehrwegflaschen für Bier, Mineralwasser, Limo und Fruchtsaft sowie Joghurtgläser abgegeben. Die Verbraucher erhielten das Pfandgeld erstattet, wenn sie dem Händler leere Flaschen und Gläser zurückbrachten.

In Deutschland bestehen verschiedene Mehrwegsyste-me. 1969 wurde die „Brunnen-einheitsflasche“ – bekannt unter der Bezeichnung „Per-lenflasche“ – der deutschen Mineralbrunnen eingeführt. 1972 hat der Verband der deutschen Fruchtsaft-Indus-trie (VdF) für seine Mitglie-der ein Mehrwegsyste-m auf-gebaut. Im Lauf der Jahre folgten andere Systeme, zum Beispiel für Milch und Jog-hurt. Die etablierten Mehr-wegsysteme sind häufig an be-stimmte Firmen gebunden: Leere Flaschen und Gläser müssen an die originären Ab-füller zurück geliefert werden.

Einweg und Mehrweg

Neben den Mehrwegverpackungen werden Produkte in Einwegbehältern verkauft. Durch geringeres Gewicht und entfallende Leergut-Rücktransporte sind Einweg-verpackungen aus Karton, Kunststoff oder Weißblech zum bevorzugten Verpackungsmaterial vor allem der großen Supermärkte auf-ge-stiegen. Die Verbraucher haben die Einwegprodukte an-ge-nommen, mit der Folge, dass die Müllmenge anstieg.

In den achtziger Jahren prägte das Schlagwort vom Müll-Notstand die umweltpolitischen Diskussionen. Klaus Töpfer, damals Bundesum-weltminister und heute Di-rector des UN-Umweltpro-gramms, schuf 1991 die so ge-nannte „Verpackungsverord-nung“, um Einwegverpackun-gen zurückzudrängen. Die Verpackungsverordnung sah drei Stufen zur Verminde-rung des Abfalls vor: Seit De-zember 1991 müssen Trans-portverpackungen wie Fä-s-ser, Kisten, Säcke oder Palet-ten von Herstellern und Ver-treibern zurückgenommen werden. Seit April 1992 dür-fen Umverpackungen, also Doppelverpackungen, in den Geschäften gelassen werden. Ab Januar 1993 sollten aus-nahmslos sämtliche Verpa-ckungen in die Läden zurück-gebracht werden. Auf Einweg-verpackungen sollte ein Zwangspfand erhoben wer-den, mit dem Ziel, Einweg erst gar nicht anzubieten.

Die Alternative: Die Verpa-ckungsindustrie und der Han-del bauen ein System auf, das Verpackungen zu bestimmten

Prozentsätzen beim Verbrau-cher einsammelt und wieder verwertet. Dann sollte das Zwangspfand so lange nicht in Kraft treten, wie die Rück-laufquoten erfüllt werden. Verpackungsindustrie und Handel akzeptierten und gründeten das Duale System Deutschland (DSD) mit dem „Grünen Punkt“ als Logo.

Für Dosen, Einwegglas- und -plastikflaschen bedeu-te die Verpackungsverord-nung: Sie blieben von einer Pfandpflicht befreit, solange der Anteil an Mehrwegverpa-ckungen nicht unter 72 Pro-zent sinken würde. 1997 er-reichte die Mehrwegquote nur 71,3 Prozent. Seitdem ist sie beständig gesunken.

Das Bundesumweltministe-rium schätzt, dass die Quote inzwischen bei weniger als 60 Prozent liegt. Um den Trend zu stoppen, wurde das Pfand für Einwegverpackungen jetzt in Kraft gesetzt.

Pro und kontra Pfand

Wie jede wirtschaftspoliti-sche Maßnahme berührt das Zwangspfand verschiedene Interessen. Die Reaktionen

Informationen zum Zwangspfand im Internet

www.abfallinfodienst.de
www.agvu.de
www.einzelhandel.de
www.nabu.de
www.pfandag.de
www.pflichtpfand.info
www.umweltinstitut.org/frames/energi/abfall.htm
www.upi-institut.de/dosenpfand.htm
www.verbaende.com/aktuell/dosenpfand.htm



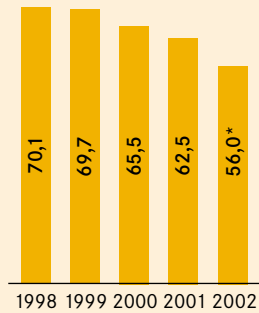
Gesucht: Das Paradies

„Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produziert stets die Hölle.“

Karl Raimund Popper

Mehrwegquote

in Prozent



* geschätzt

Quelle: BMU

sind entsprechend gegensätzlich: Umweltverbände, mittelständische Brauereien und Getränkefachhandel begrüßen das neue Pfand. Sie sehen darin eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Förderung des Mehrwegs. Es gehe darum, generell den Trend zum „Ex und Hopp“ zu stoppen und eine Kreislaufwirtschaft durchzusetzen. Insbesondere klein- und mittelständische Brauereien haben in den Ausbau der Mehrwegsysteme investiert. Sie vertrauen darauf, dass die Verpackungsverordnung dauerhaft eine Mehrwegquote von 72 Prozent schützt. Industrieverbände, Verpackungswirtschaft und Großhandel befürchten dagegen Wettbewerbsbehinderungen und sehen zusätzliche Kosten für Wirtschaft und Verbraucher. Entschiedene Pfandgegner sind 20 führende deutsche Brauereien, die gemeinsam rund 50 Prozent der Marktanteile beim Bierabsatz halten und verstärkt auf Dosenabfüllung setzen.

Die Hauptlast für die Umsetzung des Zwangspfands trägt

zunächst der Handel. Er muss in die Anschaffung und den Betrieb von Rücknahmeautomaten investieren. Die Aufstellung der Automaten wird rund eine Milliarde € kosten. Außerdem rechnet der Handel mit höheren Ausgaben durch mehr Personal und zusätzlich benötigten Platz für die Rücknahmestationen. Zwar werden die Kosten für die Pfandrücknahme mit weniger als 1 Cent pro Verpackung zu Buche schlagen. Bei der milliardenfachen Rücklaufmenge wird das neue Pfandsystem jährlich aber geschätzte 130 Millionen € Mehrkosten verursachen.

Kosten und Startprobleme

Zumindest Anlaufschwierigkeiten dürfte der Abgleich zwischen Pfanddefiziten und -mehreren verursachen, dem so genannten Pfand-Clearing. Verbraucher könnten palettenweise Einweggetränke beim Discounter auf der grünen Wiese kaufen – und dort ihr Pfand lassen –, die leeren Verpackungen aber beim Kiosk um die Ecke zurückgeben, der das Pfand auszahlen muss. Bei rund 15 Milliarden Verpackungen ergibt sich ein Finanzvolumen von circa vier Milliarden €. Ein „Pfand-Schlupf“ von zwei bis drei Prozent bedeutet dann einen Verlust von circa 100 Millionen €. Ein System für den Pfandabgleich ist noch nicht aufgebaut. Automatenindustrie und Handel rechnen mit maximal neun Monaten, bis das System eingeführt und funktionsfähig ist.

Unternehmen wie Verbrauchern drohen also Mehrkosten, ohne weniger Einwegabfall garantieren zu können.

Die Mehrwegquote von 72 Prozent wurde 1991 in der Annahme festgelegt, dass Mehrweg immer besser sei als Einweg. Tatsächlich zeigen Ökobilanzen: Das Einweg-Recycling und ein gut organisiertes Mehrwegsystem sind unter Umweltaspekten mindestens gleichwertig. Eine, vom Umweltbundesamt in Auftrag gegebene Ökobilanz ergab sogar, dass die Einwegverpackung der Pfandflasche überlegen sein kann. Abhängig ist das von einer Reihe Faktoren, zum Beispiel Transportentfernungen, Verpackungsgröße, Gewicht, benutzte Materialien und Recycling-Möglichkeiten. Die Studie kommt zum Ergebnis: Aus ökologischer Sicht gibt es „die“ richtige Verpackung nicht.

Umweltziel erreichbar?

Das Zwangspfand könnte das Mehrwegsystem sogar weiter schwächen: Wird das personalintensivere und Platz beanspruchende Mehrwegsystem vorgehalten, wenn Automaten zur Rücknahme der Einwegverpackungen aufgestellt sind? Der Blick über die Ländergrenzen zeigt: Zwangspfand-Regelungen in den Vereinigten Staaten, in Griechenland oder Schweden haben – entgegen den Erwartungen – nicht zur Verminderung der Einwegverpackungen in diesen Ländern geführt.

Zu den ökologisch nicht eindeutigen Befunden kommen ordnungspolitische Bedenken. Ist ein Zwangspfand das richtige Instrument, mit dem der Staat umweltpolitische Aufgaben erfüllen kann? Ist es überhaupt Aufgabe der Politik, die Art und Weise der

Getränkevermarktung vorzuschreiben? Der Staat hofft, mit dem Pfand die Stoffströme in der Wirtschaft zu lenken. Preise, die politisch beeinflusst werden, sind keine Marktpreise. Doch Marktpreise sind am ehesten geeignet, den Konsum umweltschädlicher Güter einzuschränken.

Fragwürdige Lenkung

Bedenklich ist auch, dass das Zwangspfand neue Kollektive schafft. Die notwendigen Absprachen zwischen Industrie und Großhandel über den Pfandabgleich und über das rücklaufende Leergut bergen Gefahren für den Wettbewerb. Es besteht das Risiko, dass Unternehmen ein Entsorgungssystem aufbauen, das andere Müllentsorger vom Markt ausschließt. Möglicherweise entstehen Pfandsysteme, die durch Automateinsatz die Rücknahme von Einwegverpackungen relativ verbilligen. Soll dieser eventuelle Vorteil dann in einigen Monaten durch neue staatliche Eingriffe zugunsten des Mehrwegsystems erneut aufgehoben werden?

Schließlich weckt die Pfandregelung weitere Aktivitäten bei den Interessengruppen. Bereits eine Woche nach Einführung des Pfands hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Ausweitung des Pfandsystems gefordert. Die Ungereimtheiten beim neuen Pfand würden Verbraucher und Handel irritieren und müssten schnellstmöglich beseitigt werden. Deshalb solle auf sämtliche Einwegverpackungen künftig ein Pfand erhoben werden.



Optimist

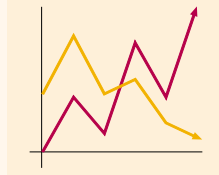
„Unser Volk vertraut der marktwirtschaftlichen Ordnung und will nicht täglich mit nichtssagenden Vokabeln und Slogans abgespeist werden.“

Ludwig Erhard

IM KLARTEXT

Januar 2003

SM Index



Die Soziale Marktwirtschaft im Januar 2003

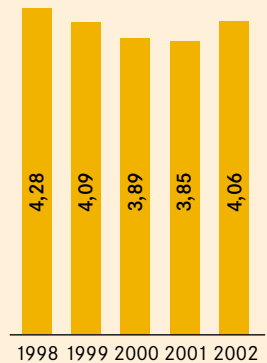
Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Das Jahr 2002 endete für den Arbeitsmarkt deprimierend. Im Dezember 2002 waren 4 225 100 Menschen ohne Arbeit, 199 000 mehr als im November. Im Vergleich zum Vorjahresmonat gab es 261 600 Arbeitslose mehr. Im Jahresdurchschnitt 2002 waren 4,06 Millionen Personen arbeitslos, knapp 209 000 mehr als 2001.

Arbeitslose

Jahresdurchschnitt in Millionen



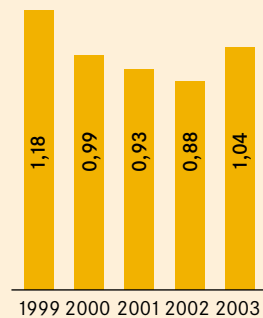
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Geldwertstabilität

Der Euro-Kurs steigt. Für die europäische Gemeinschafts-

Euro-Wechselkurs

Ein Euro kostete in US-Dollar



jeweils zu Jahresbeginn

Quelle: Europäische Zentralbank

währung mussten Anfang Januar 2003 rund 1,04 US-Dollar bezahlt werden, so viel wie seit drei Jahren nicht mehr. Der erstarkte Euro sorgt dafür, dass Einfuhren billiger werden, insbesondere Rohstoffe oder elektronische Bauteile. Mit einem starken Euro sinkt außerdem die Inflationsgefahr. Das gibt der Europäischen Zentralbank Spielraum für eventuelle Zinssenkungen. Dadurch könnten die Kredite für Investitionen billiger werden. Wenn die Devisenhändler auf weitere Euro-Kursgewinne setzen und aus-

ländische Notenbanken den Euro als wertbeständige Reservewährung akzeptieren, wird zusätzliches Kapital in den Euro-Raum gelockt.

Die neu gewonnene Euro-Stärke bringt aber nicht nur Vorteile: Ein starker Euro verteuert deutsche Produkte, die in Nicht-EU-Staaten verkauft werden. Er erhöht zudem den Wettbewerbsdruck im Inland, weil die ausländischen Produkte günstiger als deutsche zu haben sind.

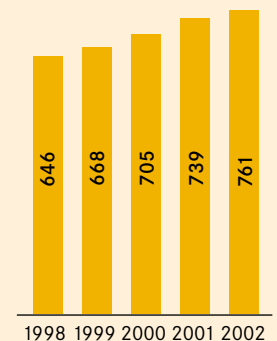
Eigenverantwortung

In Deutschland gibt es 761 000 Freiberufler, das sind fast 50 Prozent mehr als vor zehn Jahren. Im Unterschied zu klein- und mittelständischen Unternehmern steht bei den Freiberuflern die eigene Arbeitskraft im Zentrum: Ihre Arbeit, und nicht der Produktverkauf, ist für den Umsatz wesentlich. Freiberufler sind nicht gewerbesteuerpflichtig, und ihre Büros, Praxen und Kanzleien sind auch in Wohngebieten erlaubt.

Die mit 160 000 Personen größte Gruppe bei den freien Berufen stellen Publizisten, Kulturschaffende und Künstler. Auf den Plätzen zwei und drei folgen 122 000 Ärzte und 80 000 Rechtsanwälte. Werden die Personen hinzu gerechnet, die bei Freiberuflern ihren Arbeitsplatz (zwei Millionen) oder ihren Ausbildungsplatz (157 000) haben, sind alles in allem rund drei Millionen Menschen in diesem Bereich beschäftigt. Das sind knapp sechs Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland.

Freiberufler

in Tausend



Quelle: Institut für freie Berufe

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de